



Niederschrift 52. öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses

| | |
|------------------------|--|
| Sitzungstermin: | Donnerstag, 25.09.2008 |
| Sitzungsbeginn: | 16:30 Uhr |
| Sitzungsende: | 20:03 Uhr |
| Ort, Raum: | Stadthaus, Friedrich-Ebert-Str. 79/81, Raum 3.025 |

Anwesend sind:

| | | |
|---------------------------|-----------------------|----------------------------------|
| Frau Drohla, Hella | DIE LINKE | |
| Frau Dr. Müller, Sigrid | DIE LINKE | Sitzungsleitung |
| Frau Schulze, Jana | DIE LINKE | anwesend ab 16:35 Uhr (TOP 1) |
| Herr Wartenberg, Claus | SPD | anwesend ab 16:50 Uhr (TOP 2) |
| Frau Basekow, Angela | | |
| Frau Eiserbeck, Edeltraud | CDU | |
| Herr Harder, Dirk | | anwesend bis 19:45 Uhr (TOP 7.1) |
| Herr Dr. Henrich, Lutz | | anwesend bis 19:40 Uhr (TOP 7.1) |
| Herr Lehmann, Carsten | | |
| Herr Liebe, Thomas | | |
| Frau Parthum, Ute | | anwesend bis 19:45 Uhr (TOP 7.1) |
| Herr Wernick-Otto, Frank | Bündnis 90/Die Grünen | |
| Herr Schweers, Norbert | Jugendamtsleiter | |
| Frau Müller, Elona | Beigeordnete | |

Nicht anwesend sind:

| | | |
|---------------------------|----------------------------|----------------|
| Frau Knoblich, Hannelore | SPD | entschuldigt |
| Herr van Leeuwen, Rüdiger | CDU | entschuldigt |
| Herr Wendt, Jan | Die Andere | nicht anwesend |
| Frau Scheuerer, Sabina | Gleichstellungsbeauftragte | entschuldigt |

Gäste:

| | |
|----------------------|------------------------------|
| Frau Ewers, Josefine | Fachbereich Schule und Sport |
| Frau Hesse, Petra | Kommunaler Immobilienservice |
| Frau Stobbe, Bettina | Paritätische Kita gGmbH |
| Frau Figiel, Anita | Fachbereich Jugendamt |
| Frau Spyra, Martina | Schriftführerin |

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung und Feststellung der Beschlussfähigkeit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Bestätigung der Tagesordnung / Bestätigung der Niederschrift vom 04.09.2008
- 2 Informationen des Jugendamtes

- 2.1 Verständigung zu den Themenvorschlägen für die Sitzungen des Jugendhilfeausschusses im 2. Halbjahr 2008
- 3 Bericht der Unterausschüsse und AG's nach § 78 SGB VIII
- 4 Vorstellung des Projektes "Sterntaler"
- 5 Bericht des Kita-Qualitätsforums
- 6 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
- 6.1 Einheitliche bauliche- und Ausstattungsstandards für Schulen, KITAs und Horte
Vorlage: 08/SVV/0712
Fraktion CDU
mit Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE
- 6.2 Maßnahmen der Verwaltung des Jugendamtes für eine bedarfsgerechte Versorgung mit Kindertagesbetreuungsangeboten für die Zeiträume der Kita- Jahre 2008/2009 und 2009/2010
Vorlage: 08/SVV/0805
Oberbürgermeister, FB Jugendamt
- 6.3 Soziologische Jugendbefragung
Vorlage: 08/SVV/0839
Fraktion DIE LINKE
- 7 Mitteilungen der Verwaltung
- 7.1 Verbesserung der hygienischen und sanitären Bedingungen in der Grundschule Bruno H. Bürgel
Vorlage: 08/SVV/0808
Oberbürgermeister, KIS
- 7.2 Integrierte Kita-, Hort- und Schulentwicklungsplanung
Vorlage: 08/SVV/0878
Oberbürgermeister, FB Schule und Sport
- 7.3 Kita-Bedarfsplanung
Vorlage: 08/SVV/0884
Oberbürgermeister, FB Jugendamt
- 8 Sonstiges

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung und Feststellung der Beschlussfähigkeit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Bestätigung der Tagesordnung / Bestätigung der Niederschrift vom 04.09.2008

Begrüßung und Eröffnung der Sitzung durch die Ausschussvorsitzende, Frau Dr. Müller.

Zu Beginn der Sitzung sind 10 von 15 stimmberechtigten Mitgliedern anwesend. Somit ist der Jugendhilfeausschuss beschlussfähig.

Bestätigung der Tagesordnung

Frau Dr. Müller informiert, dass der Tagesordnungspunkt 4 entfällt, da der Vertreter, der das Projekt „Sterntaler“ im Jugendhilfeausschuss vorstellen sollte, erkrankt ist.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 11

Ablehnung: 0

Der geänderten Tagesordnung wird zugestimmt.

Bestätigung des Protokolls der öffentlichen Sitzung vom 04.09.2008:

Zustimmung: 8

Ablehnung: 0

Dem Protokoll wird zugestimmt.

Frau Dr. Müller begrüßt Herrn Dähnrich, der als beratendes Mitglied die Katholische Kirche im Jugendhilfeausschuss vertritt.

zu 2 Informationen des Jugendamtes

Frau E. Müller erinnert an die Information der Verwaltung bezüglich des Interessenbekundungsverfahrens Waschhaus/Lindenpark und in diesem Zusammenhang an die Besetzung der Jury für das Auswahlverfahren. Frau G. Fischer hat am 24.09.2008 im Hauptausschuss vorgeschlagen, dass alle Fraktionen einen Vertreter für das Auswahlgremium benennen. Frau E. Müller macht dabei deutlich, dass dieses nicht abgestimmt war. Der Hauptausschuss wird sich dazu in seiner Sitzung am 15.10.2008 nochmal verständigen.

Frau Dr. Müller informiert über ein Schreiben von Herrn Harder, in dem er auf ein mögliches bevorstehendes Problem beim Erhalt der Kletterhalle des Alpenverein hinweist.

Sie schlägt vor, dass Herr Harder das Problem kurz im Jugendhilfeausschuss vorstellt und dieses dann in den Unterausschuss Jugendhilfeplanung zur Beratung überwiesen wird.

Herr Harder schildert kurz die Situation und stellt dar, dass zu befürchten ist, dass es aufgrund der geplanten Wohnbebauung in unmittelbarer Nähe der Kletterhalle Probleme geben könnte. Er stimmt der Befassung des Unterausschusses mit dem Problem zu, da er verhindern möchte, dass dieses Projekt mit der Wohnbebauung kollidiert.

Frau Dr. Müller schlägt vor, dies im Unterausschuss Jugendhilfeplanung am 07.10.2008 zu thematisieren.

zu 2.1 Verständigung zu den Themenvorschlägen für die Sitzungen des Jugendhilfeausschusses im 2. Halbjahr 2008

Frau Dr. Müller schlägt vor, die vorliegenden Themenvorschläge als Grundlage für die Arbeit des Jugendhilfeausschusses im 2. Halbjahr 2008 zu bestätigen.

Dagegen erhebt sich kein Widerspruch.

Bericht der Unterausschüsse und AG´s nach § 78 SGB VIII

Frau Rehbehn informiert, dass die regionale Arbeitsgruppe 3 die Rahmengeschäftsordnung beschlossen hat. Es erfolgte eine Verständigung zur Gliederung des Jugendhilfeplanes. Um sich weitergehend mit dem Jugendhilfeplan befassen zu können, ist es erforderlich, dass der Entwurf frühzeitig allen regionalen Arbeitsgruppen zur Verfügung gestellt wird.

Auch die Kletterhalle des Alpenvereins wurde thematisiert und soll erhalten bleiben.

Herr Lehmann informiert, dass die regionale Jugendarbeitsgruppe in der Region 2 ebenfalls getagt und die Rahmengeschäftsordnung beschlossen hat. Es wurde auch die Zusammenarbeit mit den „alten Regionalarbeitskreisen“ beraten.

Herr Liebe berichtet, dass sich die regionale Arbeitsgruppe 1 auch mit den Themen befasst, die bearbeitet werden sollten. Die Rahmengeschäftsordnung wurde noch nicht beschlossen. Da es Differenzen hinsichtlich der Vertretung der überregionalen Träger gibt, soll über die Rahmengeschäftsordnung erst in nächster Sitzung entschieden werden.

Herr Harder bittet darum, dass der Arbeitskreis, der regional übergreifend arbeitet, nochmals im Unterausschuss Jugendhilfeplanung thematisiert wird.

Herr Liebe informiert über die letzte Sitzung des Unterausschusses Jugendhilfeplanung.

Folgende Themen wurden behandelt:

Konzept zum Sportfunktionsgebäude des SC Potsdam: Der Unterausschuss befürwortet das vorliegende Konzept, da der Auftrag des Jugendhilfeausschusses erfüllt wurde.

Anträge zur Anerkennung von Trägern nach § 75 SGB VIII: Der Unterausschuss schlägt vor, auf der Grundlage einer entsprechenden Matrix die Anerkennung von Trägern nach § 75 SGB VIII zu prüfen. Auf dieser Grundlage werden dann in der Folge die Voten für die Anerkennung im JHA vorgestellt. Nur in Ausnahmefällen muss sich dann noch ein Träger im JHA vorstellen.

Weitere Themen waren:

- Feedback zum letzten JHA inkl. Überweisungen
- Stand Jugendhilfeplanerstellung
- Ausblick auf den nächsten JHA
- Änderung der Satzung des Jugendamtes hinsichtlich der Sitzverteilung im JHA

Er informiert, dass die nächste Sitzung des Unterausschusses Jugendhilfeplanung am 07.10.2008 stattfinden wird.

Frau Schulze fragt, ob sich die Träger bezüglich einer Anerkennung nach § 75 SGB VIII künftig im Unterausschuss Jugendhilfeplanung vorstellen und dieser den Jugendhilfeausschuss über das Ergebnis informiert.

Herr Liebe erklärt, dass eine entsprechende Matrix erstellt wird.

Frau Dr. Müller erklärt, dass dies ein Vorschlag des Unterausschusses ist. Dieses Verfahren sollte auf jeden Fall im Jugendhilfeausschuss beraten werden. Es sollte die gemeinsame Verständigung auf eine Arbeitsweise geben.

zu 4 **Vorstellung des Projektes "Sterntaler"**

Der Tagesordnungspunkt entfällt.

zu 5 **Bericht des Kita-Qualitätsforums**

Frau Figiel und Frau Stobbe stellen anhand einer Powerpoint-Präsentation die Ergebnisse des Qualitätsforums vor.

Frau Figiel erläutert die Zielstellung sowie Prozess und Verlauf der Arbeit des Qualitätsforums.

Frau Stobbe erörtert die gewählten Qualitätskriterien.

Frau Dr. Müller dankt allen Beteiligten, die an der Erarbeitung der Ergebnisse des Qualitätsforums beteiligt waren.
Sie fragt, wie die vorgestellten Vorhaben zeitlich umgesetzt werden sollen.

Frau Eiserbeck weist auf das hohe Engagement der Beteiligten hin und spricht diesen ihre Anerkennung aus.
Sie spricht sich für die Beschlussfassung zum vorgestellten Papier aus und beantragt die Bezifferung der finanziellen Auswirkungen durch die Verwaltung.
Sie bittet um eine Verständigung innerhalb des Jugendhilfeausschusses, bis wann die finanziellen Auswirkungen vorgelegt werden sollen.

Herr Wernick-Otto macht deutlich, dass die frühkindliche Bildung und Entwicklung von sehr großer Bedeutung ist. Das Kita-Gesetz sollte dahingehend verändert werden.
Er schlägt vor, dass sich der Jugendhilfeausschuss zu einer Prioritätenliste verständigt.
Auch sollte die Arbeitsgruppe beauftragt werden, weiter zu arbeiten.

Frau Schulze hält es für erforderlich, dass allen Trägern die vorgestellten Ergebnisse zur Verfügung gestellt werden, um sich eine Meinung bilden zu können. Die Träger sollten entsprechend einbezogen werden.
Sie warnt vor einem Beschluss, der nicht umsetzbar ist.

Frau E. Müller schlägt vor, die vorgestellten Ergebnisse an alle Jugendhilfeausschussmitglieder auszureichen, um diese bewerten zu können.
Sie macht auch deutlich, dass das Land hier an bestimmten Stellen unbedingt auch in der Verantwortung bleiben soll.
Sie weist darauf hin, dass auch das „Lotsenprojekt“ zum Übergang von der Kita in die Schule bei der Betrachtung einbezogen werden sollte.
Bezüglich der finanziellen Auswirkungen muss bedacht werden, dass vermutlich im November 2008 die ersten Haushaltsklausuren stattfinden werden.

Herr Schweers schlägt vor, im November 2008 im Jugendhilfeausschuss die finanziellen Auswirkungen darzustellen.

Frau Dr. Müller bittet darum, auch die finanziellen Auswirkungen darzustellen, die durch das Land übernommen werden müssen.

Frau Basekow bittet, dies in einer Matrix darzustellen, die die Maßnahme darstellt, die finanziellen Auswirkungen, die Zuständigkeit sowie die Umsetzung.

Sie bittet, in diesem Zusammenhang das „Lotsenprojekt“ nicht zu erwähnen, da hier die Schulen nicht mit den Kitas zusammenarbeiten wollen.

Herr Schweers informiert, dass das Lotsenprojekt mit den beiden ausgewählten Schulen und den jeweiligen Hortträgern besprochen wurde. Leider sind die beiden angesprochenen Schulen nicht mehr zur Mitarbeit bereit. Ein Grund hierfür sei der große zusätzliche Aufwand, der durch die Teilnahme an dem Projekt entsteht. Derzeit wird durch die Verwaltung der Kontakt zu weiteren Schulen aufgenommen. Die jeweiligen Kita-Träger haben bereits ihre Bereitschaft zur Teilnahme am „Lotsenprojekt“ erklärt.

Herr Dr. Henrich fragt, zu welchem prozentualen Anteil die Leitungsfreistellung erfolgen soll. Er hält es für ungünstig formuliert, dass die Eltern als „erste Erzieher“ bezeichnet werden.

Frau Stobbe erklärt, dass Entscheidungen nicht ohne die Eltern getroffen werden können.

Die Leitungsfreistellung soll ab 12 Vollzeitstellen in der Kita zu 100% erfolgen. Derzeit erfolgt dies ab 15 Vollzeitstellen.

Herr Schweers sagt zu, die von Frau Basekow geforderte Matrix dem Jugendhilfeausschuss im November 2008 vorzulegen.

Die heute vorgestellten Unterlagen werden allen JHA-Mitgliedern zugeleitet und im Oktober im Ausschuss beraten.

Frau Dr. Müller bittet, die weiteren Aufgaben zusammenzufassen.

Herr Liebe weist darauf hin, dass die nicht beteiligten Träger frühzeitig einzubeziehen sind.

Frau Figiel erklärt, dass das Vorgestellte innerhalb der Arbeitsgruppe erarbeitet wurde. Mit den anderen Träger soll eine Trägerkonferenz durchgeführt werden.

Herr Schweers sagt zu, in der 2. Oktoberhälfte zu einer Trägerkonferenz einzuladen.

Herr Wernick-Otto bittet, die Träger darauf hinzuweisen, dass diese eine Arbeitsgemeinschaft nach § 78 KJHG gründen können.

Frau Basekow hält eine Trägerkonferenz in der zweiten Oktoberhälfte für zu früh. Vor einer Trägerkonferenz sollte sich der Jugendhilfeausschuss verständigen.

Die Ausschussmitglieder verständigen sich dahingehend, dass die Trägerkonferenz bis zum Ende des Jahres 2008 durchzuführen ist.

Der Jugendhilfeausschuss bittet die Arbeitsgruppe, den nächsten Schritt der Evaluation in Angriff zu nehmen.

zu 6 **Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung**

zu 6.1 **Einheitliche bauliche- und Ausstattungsstandards für Schulen, KITAs und Horte**

Vorlage: 08/SVV/0712

Frau Hesse (KIS) erklärt, dass der Kommunale Immobilien Service den vorliegenden Antrag annimmt. Sie macht deutlich, dass die bauliche Standards bereits berücksichtigt werden.

Frau E. Müller verweist auf die Aussage in der Begründung, dass die Standards auf die Befriedigung der Grundbedürfnisse der Nutzer ausgerichtet sein sollen und fragt den Antragsteller, was hiermit gemeint ist.

Frau Drohla weist darauf hin, dass der vorliegende Antrag sehr allgemein gehalten ist. Sie verweist auf den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE, dass „einzuführen“ durch „zu sichern“ ersetzt wird.

Herr Wernick-Otto schließt sich dem an.

Frau Basekow kennt nur die Mindeststandards zur Erreichung und Beibehaltung der Betriebserlaubnis.

Frau Schulze fragt, ob sich der Werksausschuss des KIS mit dem Antrag befasst hat.

Frau Hesse erklärt, dass sich der Werksausschuss im Oktober 2008 mit dem Antrag befassen wird. Sie legt dar, dass die Ausstattung nach den baulichen Mindeststandard immer an den jeweiligen Gegebenheiten gemessen wird.

Herr Messerschmidt weist darauf hin, dass es in den Kindertagesstätten immer noch viele bauliche Probleme gibt, die aufgrund fehlender finanzieller Mittel kurzfristig nicht gelöst werden können. Mit dem Antrag wird den Eltern und Kindern vermittelt, dass in Kürze diesbezüglich etwas geschehen wird.

Frau Drohla macht deutlich, dass begonnene Sanierungen nicht abgebrochen werden sollen, weil die finanziellen Mittel nicht ausreichend sind. Es muss dann innerhalb der Bautätigkeit die Priorität erneut überdacht werden.

Frau Dr. Müller warnt davor, Dinge in Anträge hineinzuzinterpretieren, die dort so nicht stehen.

Frau Ewers macht darauf aufmerksam, dass die Einrichtungen sehr unterschiedliche Konzepte haben, die berücksichtigt werden müssen. Hier darf nicht vereinheitlicht werden.

Herr Liebe empfiehlt den Antrag zurückzustellen und nochmals zu diskutieren.

Herr Wernick-Otto bittet um Zurücküberweisung des Antrages.

Frau E. Müller macht deutlich, dass sich der KIS bereits nach den baulichen Grundstandards richtet. Durch die unterschiedliche Profilausrichtung der einzelnen Einrichtungen wird es auch weiterhin Unterschiede geben.

Beschlusstext:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:
Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, einheitliche bauliche- und Ausstattungsstandards für Schulen, KITAs und Horte einzuführen. Ein aktueller Sachstandsbericht ist in der Dezember-Sitzung 08 der Stadtverordnetenversammlung zu erbringen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 0

Ablehnung: 8

Der Antrag wird abgelehnt.

zu 6.2 Maßnahmen der Verwaltung des Jugendamtes für eine bedarfsgerechte Versorgung mit Kindertagesbetreuungsangeboten für die Zeiträume der Kita- Jahre 2008/2009 und 2009/2010
Vorlage: 08/SVV/0805

Herr Schweers bringt die Drucksache ein und gibt Erläuterungen. Er weist darauf hin, dass erstmalig für zwei Kita-Jahre geplant wurde.

Herr Messerschmidt fragt, ob es in den Grundschulen Abstimmungen zwischen der Schulleitung und dem Hortträger gibt, insbesondere bei Änderung der Zügigkeit der Schule, um hier Lösungen für die Hortbetreuung zu finden. Des Weiteren fragt er nach einer Kontrolle der Anmeldungen für die Kita-Betreuung, um Mehrfachanmeldungen zu vermeiden.

Herr Schweers erklärt, dass die Abstimmung zwischen Hort und Schule auch immer von den verhandelnden Personen abhängig ist.

Frau Basekow hat den Eindruck, dass die vorgehaltenen Plätze gerade so ausreichend sind. Die eigentliche Brisanz wird in der Aufstellung nicht klar. Ihrer Ansicht nach bemüht sich die Verwaltung, über einen Schlüssel die benötigten Kitaplätze zur Verfügung zu stellen. Sie stellt fest, dass nur am tatsächlichen Bedarf geplant wird. Somit können bestimmte Probleme nicht abgedeckt werden. Das sollte auch unbedingt deutlich gemacht werden.

Herr Wernick-Otto macht deutlich, dass durch Konkurrenz auch die Qualität in den Einrichtungen belebt werden könnte. Er spricht sich dafür aus, dass sich in Potsdam noch mehr Träger etablieren.

Frau Stooß weist darauf hin, dass 2009 ca. 320 Plätze durch Neueinrichtung hinzu kommen.

Herr Liebe weist darauf hin, dass statt der Konkurrenz die Auswahlmöglichkeiten für die Eltern erhöht werden sollten. Seiner Meinung nach sollte ein großes Augenmerk der Qualität gelten.

Frau Basekow macht deutlich, dass bei 100prozentiger Auslastung der Einrichtungen eine qualitativ gute Arbeit sehr schwer ist. Aber auch die Gebäude leiden unter der permanenten kompletten Auslastung.

Frau E. Müller macht deutlich, dass hinsichtlich der Bedarfsgrenzen keine „Puffer“ vorhanden sind.

Beschlusstext:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Maßnahmen der Verwaltung des Jugendamtes für eine bedarfsgerechte Versorgung mit Kindertagesbetreuungsangeboten für die Zeiträume der Kita- Jahre 2008/2009 und 2009/2010.

1. Bereitstellung von insgesamt **11.675 Plätzen** (Jahresdurchschnitt) in Potsdam gemäß §§ 1, 12 Kita - Gesetz bei 50 Trägern für das Kita-Jahr 2008/09 und **11.991 Plätzen** für das Kita-Jahr 2009/10. Enthalten sind 80 Plätze außerhalb der Bedarfsplanung. Die Verteilung der Plätze erfolgt gemäß der Anlagen 1 bis 6 auf 97 Kindertagesstätten, 9 Andere Kinderbetreuungsangebote (AKI) und 3 Spielgruppen sowie Tagespflege. Die Jahresdurchschnittsbelegungen gemäß der Anlagen in den einzelnen Altersgruppen können sich bei Bedarf verschieben. Tagespflege und andere Betreuungsformen sind bei Bedarf auszubauen.
2. Zusätzlich werden durch Potsdamer Kinder **272 Plätze** in anderen Wohnortgemeinden belegt.
3. Neuaufnahmen von Kindern aus anderen Gemeinden sind im Planungszeitraum nur dann zu finanzieren, wenn eine entsprechende Zustimmung des Jugendamtes der Landeshauptstadt Potsdam eingeholt wurde und der Kostenausgleich mit der abgebenden Gemeinde gem. § 16 Abs. 5 KitaG sichergestellt werden kann.
4. Bereitstellung der Finanzen für das Kita-Jahr 2008/09 mit einem Gesamtbetreuungsbedarf von **11.947 Plätzen**.
5. Bereitstellung der Finanzen für das Kita-Jahr 2009/10 mit einem Gesamtbetreuungsbedarf von **12.263 Plätzen**.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 12

Ablehnung: 0

Dem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

zu 6.3 Soziologische Jugendbefragung

Vorlage: 08/SVV/0839

Frau Dr. Müller bringt den Antrag ein und begründet diesen.

Herr Dr. Henrich fragt, ob diese Untersuchung Geld kosten wird und wer entscheidet, welches Institut hierbei unterstützt.

Frau Parthum vermisst in dem vorliegenden Antrag die 13- bis 14jährigen, da für diese Gruppe Angebote fehlen.

Herr Liebe fragt, warum die 15- bis 30jährige einbezogen werden sollen. Er könnte sich vorstellen die sozialpädagogischen Bedarfe mit aufzunehmen.

Herr Liebe bevorzugt eine Erhebung, die durch eine wissenschaftliche Einrichtung durchgeführt wird.

Herr Schweers bittet, den Antrag abzulehnen, da dieser nicht umsetzbar ist. Er weist darauf hin, dass bei einer umfangreichen Befragung ca. 30.000 junge Menschen befragt werden müssten.

Er macht auch deutlich, dass bereits umfangreiche Studien vorliegen, die durchaus auf die Landeshauptstadt Potsdam zu übertragen sind. Als Beispiel führt er die Studie „Jugend in Brandenburg 2005“ der Uni Potsdam auf.

Frau Dr. Müller macht deutlich, dass es in der Wissenschaftsstadt Potsdam möglich sein muss, diese Studie durch eine externe Einrichtung durchführen zu lassen.

Frau E. Müller fragt, wie man vergleichbare Situationen in einer Altersspanne von 15 bis 30 erreichen soll. Sie hält dies für äußerst schwierig, da sich das Freizeitverhalten eines 15jährigen sehr von dem eines 30jährigen unterscheidet. Sie hält eine Befragung nicht als geeignetes Mittel, junge Menschen zu motivieren, sich zu beteiligen.

Herr Dr. Henrich schlägt vor, als erstes die Zielstellungen der Befragung zu benennen. Danach sollte eine Ausschreibung erfolgen.

Frau Schulze macht deutlich, dass die 30jährigen bewusst in den Antrag aufgenommen sind, da eine große Zahl von Studenten erst mit 30 Jahren in die Landeshauptstadt Potsdam kommen. Sie hat das Gefühl, dass in den vergangenen Jahren Entscheidungen zu Jugendpolitik getroffen wurden, die an den Jugendlichen vorbei gehen. Es sollten mit dem Antrag Synergieeffekte geschaffen werden.

Frau Basekow macht deutlich, dass ihr für die Altergruppe der zwischen 20- und 30jährigen das Thema Wohnen am Herzen liegt. Sie plädiert dafür, die Themenbereiche zu beleuchten und diese mit einem Ziel und der dazugehörigen Altersgruppe zu untersetzen. Der Auftrag sollte konkreter gefasst werden.

Herr Wernick-Otto weist darauf hin, dass bereits sehr viele Erhebungen stattgefunden haben, die aufgrund der Fülle kaum auszuwerten sind.

Frau Eiserbeck fragt, wer die Auswertung vornehmen soll und welche finanziellen Auswirkungen zu erwarten sind. Der Antrag ist aus ihrer Sicht so nicht umsetzbar.

Herr Dr. Henrich gibt zu bedenken, dass man einem Institut nicht eine Totalerhebung aufdiktieren kann.

Frau Dr. Müller unterbreitet folgenden Änderungsvorschlag zum Antrag:
Der 1. Satz wird wie folgt geändert: „... im Alter von 12 bis 30 Jahren in der Landeshauptstadt Potsdam unter Einbeziehung bereits vorhandener Daten durchführen zu lassen.“
Der 2. Absatz wird gestrichen.

Frau E. Müller bittet zu klären, welche konkreten Ergebnisse erzielt werden sollen. Sie macht deutlich, dass die finanziellen Auswirkungen nicht beziffert werden können. Sie geht aber von einem sechsstelligen Betrag aus.

Frau Parthum ist daran interessiert, eine Kompromisslösung für den vorliegenden Antrag zu finden.

Herr Lehmann fragt, ob eine wissenschaftliche Auswertung der bisher durchgeführten Befragungen geplant ist.

Herr Wernick-Otto spricht sich für die Auswertung der vorhandenen Daten aus.

Frau Dr. Müller ändert den letzten Satz des Antrages wie folgt:
Im März 2009 ist der Stadtverordnetenversammlung ein erster Zwischenbericht zur Umsetzung des Auftrages zu geben.

Geänderter Beschlusstext:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, eine umfassende soziologische Befragung zur Situation aller Jugendlichen und jungen Menschen im Alter von 12 bis 30 Jahren in der Landeshauptstadt Potsdam unter Einbeziehung bereits vorhandener Daten durchführen zu lassen.

Im März 2009 ist der Stadtverordnetenversammlung ein erster Zwischenbericht zur Umsetzung des Auftrages zu gegeben.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 6

Ablehnung: 3

Dem geänderten Antrag wird zugestimmt.

zu 7 Mitteilungen der Verwaltung**zu 7.1 Verbesserung der hygienischen und sanitären Bedingungen in der Grundschule Bruno H. Bürgel
Vorlage: 08/SVV/0808**

Frau Schulze fragt Frau Basekow, ob zu den in der Mitteilungsvorlage aufgezeigten Lösungen Gespräche mit der Elterninitiative, dem KIS und der Schulverwaltung stattgefunden haben.

Frau Basekow informiert, dass die Elterninitiative bereits unterrichtet ist. Die Gespräche mit dem KIS und dem Schulverwaltungsamt werden in Kürze geführt. KIS und Schulverwaltung haben bereits Interesse an einem zeitnahen Gesprächstermin signalisiert.

Frau Dr. Müller hält die angegebene Zeitschiene für ein großes Wagnis. Die Endterminstellung ist aus ihrer Sicht zu spät.

Frau Basekow erklärt, dass dies mit den Eltern so besprochen wurde.

Frau Dr. Müller hält die Zeitabläufe nicht für vertretbar und bittet den KIS und das Schulverwaltungsamt, diese zu überdenken.

Frau Drohla betont, dass der Zustand der Sanitäreinrichtungen für die Jungen untragbar ist.

Frau Hesse weist darauf hin, dass die zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel sehr begrenzt sind.

Frau E. Müller macht deutlich, dass es auch erklärtes Ziel des Oberbürgermeisters ist, die sanitären Einrichtungen vorrangig zu sanieren. Sie schlägt vor, dass dies geklärt und als Anlage zum Protokoll nachgereicht wird.

Die Mitteilungsvorlage wird kritisch zur Kenntnis genommen.

**zu 7.2 Integrierte Kita-, Hort- und Schulentwicklungsplanung
Vorlage: 08/SVV/0878**

Frau Ewers bringt die Mitteilungsvorlage ein und erläutert diese.

Frau Dr. Müller fragt, welchen Grad der Verbindlichkeit die Aussagen der Mitteilungsvorlage haben.

Aufgrund der Aussage, dass dies ein erster Arbeitsschritt ist, fragt sie, welche Folgeschritte aus Sicht der Verwaltung geplant sind.

Frau Basekow vermisst die James-Krüss-Schule in der Auflistung.

Frau Ewers erklärt, dass die Förderschulen in der Integrierten Kita-, Hort- und Schulentwicklungsplanung nicht enthalten sind, da hier die Planungen sehr schwierig sind.

Frau Basekow bittet, diese Aussage ins Protokoll aufzunehmen.

Sie fragt, warum die freien Schulen nicht betrachtet wurden, da auch diese Hortbetreuung anbieten.

Frau Ewers weist darauf hin, dass diese in der Schulentwicklungsplanung berücksichtigt sind. In der Schulentwicklungsplanung sind auch die Zügigkeiten der Schulen enthalten.

Herr Müller nimmt bezug auf die Aussage im letzten Satz auf Seite 17 zur Grundschule Bornstedter Feld und fragt, ob dies bedeutet, dass aus Hortplätzen dann Kita-Plätze werden können.

Herr Schweers erklärt, dass dies immer von der Bedarfslage für den Hort abhängt, aber grundsätzlich möglich ist.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

**zu 7.3 Kita-Bedarfsplanung
Vorlage: 08/SVV/0884**

Frau Basekow beantragt, die Vertagung der Behandlung der Mitteilungsvorlage und Beratung der Drucksache am Anfang der Tagesordnung der nächsten Sitzung.

Herr Liebe beantragt die Überweisung der Mitteilungsvorlage in den Unterausschuss Jugendhilfeplanung.

Beiden Anträgen wird zugestimmt.

zu 8 Sonstiges

Nächster Jugendhilfeausschuss: 16. Oktober 2008; 16:30 Uhr

Dr. Sigrid Müller
Ausschussvorsitzende

Martina Spyra
Ausschussbetreuerin